

Johannes Fischer

Die Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs als Folge der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)

Antisemitismus ist eine Einstellung und Verhaltensdisposition, die sich gegen Juden richtet allein deshalb, weil sie Juden sind. Nur weil sie Juden sind, wurden Juden ausgegrenzt, in Ghettos von der übrigen Wohnbevölkerung isoliert, unter Sonderrecht gestellt, von den meisten Berufen ausgeschlossen, am gesellschaftlichen Aufstieg gehindert und in Pogromen und dann im 20. Jahrhundert industriell organisiert im Holocaust ermordet.

Eine Einstellung und Verhaltensdisposition, die sich gegen Juden richtet, weil diese mit der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern identifiziert werden, ist nach dem Gesagten kein Antisemitismus. Deshalb ist es falsch, von einem israelbezogenen Antisemitismus zu sprechen. Diejenigen, die dies tun, begründen dies mit der Tatsache, dass diese Einstellung gegen Juden und nicht gegen den Staat Israel gerichtet ist, dessen Politik doch der Grund für sie ist. Doch für den Antisemitismus einer Einstellung ist nicht entscheidend, dass sie gegen Juden gerichtet ist, sondern vielmehr, dass sie gegen Juden wegen deren Judesein gerichtet ist. Denn das gibt es überall, dass ein Volk mit dem Unrecht identifiziert wird, das seine Regierung oder das Angehörige dieses Volkes an einem anderen Volk verüben.¹ Diese Einstellung ist nicht spezifisch in Bezug auf Juden. Palästinenser im Westjordanland, die das Unrecht, das sie durch die Siedlungspolitik des Staates Israel und durch die Gewalt jüdischer Siedler erleiden, „den Juden“ zuschreiben, sind deshalb keine Antisemiten. Wenn unterschiedslos jede gegen Juden gerichtete Einstellung oder Verhaltensdisposition als antisemitisch qualifiziert wird, ganz gleich, was ihre Gründe und Motive sind, dann verliert das Wort ‚Antisemitismus‘ die Bedeutung, die es aufgrund der unheilvollen Geschichte des Antisemitismus hat und der es sein ganzes moralisches Gewicht verdankt, und es wird der Beliebigkeit ausgeliefert.

Diejenigen, die von israelbezogenem Antisemitismus sprechen, berufen sich auf die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Sie können sich in der Tat darauf berufen. Denn dieser Definition zufolge ist Antisemitismus eine

¹ Johannes Fischer, Israelbezogener Antisemitismus?, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2024/01/Israelbezogener-Antisemitismus-1.pdf>

„Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann“. Gemäß dieser Definition spielt es keine Rolle, ob die Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass ausdrücken kann, sich an deren Judesein festmacht oder an der Politik des Staates Israel. Beides ist gleichermaßen Antisemitismus. Deshalb sind die Palästinenser im Westjordanland, die Juden mit dem Unrecht identifizieren, das ihnen zugefügt wird, und die deshalb einen Hass auf Juden haben, Antisemiten. Trifft doch auf sie diese Definition zu: Sie haben eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass ausdrückt. Dasselbe gilt für die arabischstämmigen Menschen und die Muslime in Deutschland, die wegen der Bombardierung des Gazastreifens mit tausenden von Toten unter den palästinensischen Zivilisten bei Demonstrationen ihren Hass gegen Juden äußern. Die Folge davon ist, dass man in Deutschland öffentlich über den Antisemitismus der Migranten diskutiert statt über die Politik des Staates Israel. Doch tun diese Demonstranten nichts anderes, als es in Deutschland Kurden tun, wenn sie aufgrund des ihrem Volk zugefügten Unrechts bei Demonstrationen ihren Hass gegenüber Türken äußern. Für die Einstellung und das Verhalten der Kurden bringt man Verständnis auf, und es wird toleriert. Gegen die Einstellung und das Verhalten der arabischstämmigen Menschen und Muslime aber wird das schwerste moralische Geschütz aufgeföhren, nämlich dass dies Antisemitismus und somit zutiefst verwerflich ist. Für diese Ungleichbehandlung gibt es keinerlei Rechtfertigung, und sie stößt bei arabischstämmigen Menschen und Muslimen völlig zu Recht auf Unverständnis bis Empörung. Sie können hieraus eigentlich nur den Schluss ziehen, dass Deutschland im Nahostkonflikt einseitig für Israel und die Juden Partei ergreift.

Es dürfte kein Versehen oder Zufall sein, dass die Antisemitismus-Definition der IHRA so weit und unscharf gefasst worden ist. Der Instrumentalisierung des Antisemitismus-Begriffs zugunsten Israels im Blick auf den Nahost-Konflikt ist damit Tür und Tor geöffnet worden.² Das schlägt sich bis in die deutsche Kriminalstatistik nieder. So wurde vermeldet, dass es seit dem 7. Oktober letzten Jahres eine drastische Zunahme antisemitischer Straftaten gibt. Man konnte lesen, der 7. Oktober habe als Katalysator für Antisemitismus gewirkt. Doch viel wahrscheinlicher ist, dass die Zunahme dieser Straftaten mit der Bombardierung des Gazastreifens durch Israel in Zusammenhang steht und mit dem furchtbaren Leid, das dadurch über die dortige Zivilbevölkerung gekommen ist. Kann man verstehen, dass dieses Leid viele

² Johannes Fischer, Ist Kritik an der Siedlungspolitik des Staates Israel jetzt antisemitisch? Zur Adaption der zionistischen Begründung des Rechts des jüdischen Volkes auf das „Land Israel“ im neuen Antisemitismus-Handbuch der EU-Kommission <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2021/01/IHRA-Definition-Neues-Antisemitismus-Handbuch-der-EU-2.pdf>

arabischstämmige Menschen und Muslime in Deutschland zutiefst aufwühlt und empört? Wenn hier das Motiv für die Straftaten liegt, dann sind sie nicht antisemitisch, Man sollte daher den Ausdruck ‚antisemitische Straftat‘ mit Vorsicht und nur dann verwenden, wenn ein antisemitisches Motiv eindeutig feststeht. Andernfalls sollte man von Straftaten gegen Juden und jüdische Einrichtungen sprechen. Auch im Blick auf den angeblichen Antisemitismus in der Kulturszene sollte man klar differenzieren. Boykottaufrufe gegen jüdische Künstlerinnen und Künstler wegen der Politik des Staates Israel sind zwar töricht, aber nicht antisemitisch.

Um nicht missverstanden zu werden: Es darf nicht sein, dass Juden in Deutschland wieder Angst haben müssen, wenn sie sich als Juden zu erkennen geben, oder dass jüdische Einrichtungen in Deutschland beschädigt und beschmiert werden. Alle Straftaten gegen Jüdinnen und Juden, ob sie nun antisemitisch motiviert sind oder durch die Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern, müssen konsequent und ohne Rücksicht auf die Motive verfolgt werden. Aber gerade in Deutschland sollte man Sorge dafür tragen, dass der Antisemitismus-Begriff nicht seiner eigentlichen Bedeutung vollkommen entleert wird und zur bloßen Waffe in Bezug auf den Nahostkonflikt verkommt.